

Beate Müller-Gemmeke

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber jetzt zum Antrag der FDP. Bei Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen natürlich die Rahmenbedingungen stimmen – Unfallversicherung, Arbeitsschutz, Datenschutz –; da sind wir uns einig, das steht auch alles in unserem Antrag und kann noch mal nachgelesen werden. Strittig wird es dann aber, wenn es ernsthaft darum geht, den Beschäftigten Zeitsouveränität zu geben. Denn beim mobilen Arbeiten geht es darum, dass Arbeit besser ins Leben passt. Da geht es um Familie, um Kinder, um Pflege, aber auch um Ehrenamt, politische Arbeit oder Weiterbildung. Die FDP will aber nur, dass die Beschäftigten das Recht bekommen, dass sich der Chef mit dem Wunsch nach Homeoffice auseinandersetzt – das meint der Begriff „Erörterungsrecht“ –, und das ist uns zu wenig. Wir wollen die Beschäftigten tatsächlich mit einem Rechtsanspruch stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig muss Homeoffice immer freiwillig sein, und vor allem muss mobile Arbeit immer auch alternierend sein, also eine Ergänzung zum festen Arbeitsplatz. Die Beschäftigten dürfen nicht unsichtbar werden, und sie sollen auf gar keinen Fall den Kontakt zu ihren Kolleginnen und Kollegen verlieren. Es geht um Nichterreichbarkeit. All das fehlt im Antrag der FDP. Hier sollte es um den Schutz der Beschäftigten gehen, und der muss garantiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Eigentlich geht es der FDP ja nur wieder um die Arbeitszeit, genau wie beim Gesetzentwurf vom Anfang der Legislaturperiode. Und die Anhörung war damals eindeutig: Nur die Arbeitgeberseite und der von der FDP benannte Sachverständige waren dafür, alle anderen waren dagegen, und das Argument war der Gesundheitsschutz. Genau das unterschreiben wir ohne Wenn und Aber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Und jetzt sagen Sie, Kollege Vogel, immer: Es geht ja gar nicht darum, dass die Beschäftigten länger arbeiten; es geht um Freiheit und Selbstbestimmung. – Aber was ist das für eine Freiheit, wenn die Beschäftigten dann auf einmal 12 oder gar 14 Stunden arbeiten müssen – und zwar die Beschäftigten in der Pflege, im Callcenter, die Reinigungskräfte –, weil sich der Arbeitgeber auf ein reformiertes Arbeitszeitgesetz berufen kann? Da kann ich nur sagen: Freiheit sieht anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es geht also nicht um das Arbeitszeitgesetz, sondern um wirkliche Zeitsouveränität – bei der Dauer, bei der Lage und beim Ort der Arbeit. Wir meinen: Digitalisierung geht auch anders. Wir müssen sie nur politisch gestalten und dabei die Wünsche und den Schutz der Beschäftigten gleichermaßen im Blick haben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Jessica Tatti [DIE LINKE])

(C)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Beate Müller-Gemmeke. – Nächster Redner: für die CDU/CSU-Fraktion Stephan Stracke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Digitalisierung hat in der Coronakrise einen Schub erfahren. Videokonferenzen, Homeoffice, mobiles Arbeiten haben maßgeblich dazu beigetragen, unser Wirtschaftsleben am Laufen zu halten. Die positiven Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag zeigen: Die digitale Transformation ist kein Schreckgespenst. Im Gegenteil: Sie macht vielmehr unsere Wirtschaft flexibler und funktionstüchtiger. Die digitale Transformation der Arbeitswelt ist auch ein Mehrgewinn für die Beschäftigten. Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit wird spürbar besser. Die Arbeit kommt zu den Menschen und nicht umgekehrt.

Das ist auch der Wunsch der Beschäftigten. Das beweist im Übrigen auch eine aktuelle Umfrage der CSU im Bundestag – natürlich repräsentativ –

(Heiterkeit bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

von Anfang Oktober 2020. Auf die Frage, welche Maßnahmen die Politik umsetzen soll, damit sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen, antworten 64 Prozent, also ziemlich viele: flexible Arbeitszeiten. Das ist das, was 64 Prozent wollen. Weitere 10 Prozent wollen im Übrigen ein Recht auf Homeoffice. Das bedeutet: Zwei Drittel der Beschäftigten will mehr Flexibilität. Das ist eine Bestätigung unseres Kurses. Eine moderne Arbeitswelt braucht mehr Flexibilität, bezogen auf die Arbeitszeit, auf den Arbeitsort und natürlich auch bezogen auf die Arbeitsstrukturen. Da ist der Antrag der FDP ja tatsächlich ganz sympathisch. Nach der durchaus misslichen Rede eures Vorsitzenden heute Vormittag ist das, was du heute gesagt hast, lieber Johannes, durchaus stärker sinngemäß.

(D)

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stephan Thomae [FDP]: Das hat sogar der Kollege Stracke erkannt!)

Der Schlüssel für mehr flexibles Arbeiten ist tatsächlich eine Reform des Arbeitszeitgesetzes. Wo das Arbeitszeitgesetz einfach nicht mehr passt – und die Beispiele, die Johannes genannt hat, sind ja durchaus praxisgerecht –, da muss es auch geändert werden,

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee, da muss man einfach einen Tarifvertrag ausmachen!)

weil es der Realität eben nicht mehr entspricht. Und das wollen wir auch: Wir wollen die gesetzliche Höchst-arbeitszeit pro Tag abschaffen und stattdessen eine Höchst-arbeitszeit pro Woche ermöglichen.

(Stephan Thomae [FDP]: Dann mal los!)

Stephan Stracke

- (A) Flexiwoche statt starrer Achtstundentag – das ist ein moderner Ansatz für die Arbeit der Zukunft, und das bedeutet im Übrigen auch mehr Freiheiten für flexible Vereinbarungen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Da klatscht sogar auch die CDU neben der FDP.

(Heiterkeit bei der FDP – Beifall des Abg. Carl-Julius Cronenberg [FDP])

Das nützt nicht nur denen, die von zu Hause arbeiten können, sondern tatsächlich allen Arbeitnehmern, auch denjenigen, die beispielsweise in sogenannten Anwesenheitsbranchen beschäftigt sind. Wir wollen deswegen die Spielräume der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen.

Klar ist auch: Mehr Flexibilität unter der Woche, Frau Kollegin von den Linken, bedeutet natürlich nicht, insgesamt länger zu arbeiten.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber am Tag 14 Stunden, oder was? Geht's denn noch?)

Dazu trägt beispielsweise auch die Notwendigkeit bei, die Arbeitszeit zu dokumentieren. Das hat uns ja der Europäische Gerichtshof auch noch mal deutlich gesagt.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Kollege Heilmann hat aber anders gesprochen!)

- (B) Dokumentation gibt es in beiden Bereichen, und deswegen geht beides zusammen. Auch das Arbeitszeitgesetz ist nämlich ein Arbeitnehmerschutzgesetz, und daran wollen wir natürlich nichts ändern.

(Zuruf von der LINKEN: Doch! Genau das machen Sie aber mit Ihrer Forderung!)

Anfang Oktober hat Bundesminister Heil einen Rechtsanspruch auf Homeoffice gefordert. Einen solchen Rechtsanspruch lehnen wir als Union ab. Er ist im Übrigen auch in der Koalition gar nicht vereinbart. Wir wollen ein Erörterungsrecht; wir haben niedergelegt, was da kommen soll. Wenn es einen Rechtsanspruch auf Homeoffice gäbe, wäre er nicht lebensgerecht, wenn er nicht sinnvoll mit dem Arbeitszeitrecht verknüpft würde. Und deswegen macht jetzt hier wieder Heil den zweiten Schritt vor dem ersten.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Ja was denn jetzt?)

Wir sagen: Da muss die Ordnung stimmen.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Homeoffice geht doch mit dem ganz normalen Arbeitszeitgesetz!)

Ich habe natürlich auch Sympathie für das, was die FDP vorschlägt, nämlich weitgehende Tariföffnungsklauseln im Hinblick auf die Ruhezeiten.

(Zuruf von der LINKEN: Sie sind eine echte Strafe!)

– Da wollt ihr jetzt plötzlich keinen Tarifvertrag mehr: einerseits ja, aber wenn Tarifvertragsparteien andererseits in diesem Bereich etwas vereinbaren, ist es auch wieder nicht recht. Ein seltsames Verständnis von Tarifvertragsparteien und Autonomie in diesem Bereich!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie doch heute schon machen!)

Erst wenn beim Arbeitszeitgesetz nachgesteuert wird, lohnt sich letztendlich auch eine Debatte über die gesetzliche Ausgestaltung von mobiler Arbeit.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das mal begründen? – Zuruf des Abg. Alexander Ulrich [DIE LINKE])

Die digitalen Technologien haben einen Schub erfahren. Diesen Schub müssen wir jetzt für eine moderne Arbeitswelt der Zukunft nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Stephan Thoma [FDP]: Vernünftige Ansichten, gesunder Allgäuer Pragmatismus! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das macht mich richtig sauer! Das ist ein Schutzgesetz!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Stephan Stracke. – Die letzte Rednerin in dieser Debatte: Dagmar Schmidt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Dagmar Schmidt (Wetzlar) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es gehört: Unsere Gesellschaft verändert sich, ist im Wandel, die Arbeitswelt ändert sich. Wir erleben gerade in den Zeiten der Pandemie in ganz besonderer Art und Weise das mobile Arbeiten und Homeoffice, aber auch die Möglichkeiten, zeitflexibler zu arbeiten.

Die meisten finden es gut, wenn sie über Arbeitsort und Arbeitszeit maßgeblich selbst entscheiden können. Auch die Arbeitgeber öffnen sich angesichts der Pandemieerfahrungen jetzt endlich dafür; es wurde, ehrlich gesagt, auch Zeit. Aber sie haben eben auch berechnete Interessen, wenn es um den Arbeitsort und die Präsenz im Betrieb oder auch um bestimmte Arbeitszeiten geht. Die Möglichkeiten der Flexibilisierung müssen also im Interesse beider Seiten umgesetzt werden, und ich glaube auch, dass das geht, wenn man sich gleichberechtigt begegnet.

Nun ist es in der echten Welt aber so, dass Unternehmen nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch organisiert sind. Und in der echten Welt gibt es ein Abhängigkeitsverhältnis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das auch gerne mal ausgenutzt und missbraucht wird. Da muss ich nicht über die Fleischwirtschaft reden; das gibt es in allen Branchen, und Kontrollen kommen da oftmals nicht hinterher

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Leider ist das so!)